

Rat der Umweltminister*innen beschließt das bisher größte Klimapaket der EU

Nach einem dreitägigen Verhandlungsmarathon hat das bisher größte Klimapaket der EU die entscheidende Hürde genommen. Damit das Klimapaket in Kraft treten kann, müssen Rat der Mitgliedsländer und Europaparlament sich noch einigen. Das wird sicher nicht einfach, aber die größte Hürde ist mit der Einigung im Rat der Umweltminister*innen in Luxembourg am 26.06.2022 genommen.

Hier die Beschlüsse im Einzelnen:

Verschärfte Minderungsziele für alle Staaten

Die neue EU-Klimaschutzverordnung (ESR) setzt für alle Mitgliedstaaten verbindliche und ambitionierte Treibhausgasminderungsziele. Für Deutschland ist die Minderung fast identisch mit den Zielen des Bundesklimaschutzgesetzes nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts.

Verschärfter Klimaschutz durch Emissionshandel

Der Emissionshandel (ETS) wird jetzt auf 61% Minderung gegenüber 2005 ausgerichtet – statt bislang auf 43%. Darüber hinaus werden die Zertifikate jetzt jedes Jahr um 4,2% gekürzt, statt bisher 2,2%. Das heißt, die Unternehmen müssen ihre Emissionen etwa doppelt so schnell reduzieren wie bislang vorgesehen. Durch die einmalig stärkere Reduktion des Zertifikateangebots (Rebasing) um 117 Mio t im Jahr 2024 erhöhen wir das Ambitionsniveau schon zu Beginn deutlich. Das wirkt Jahr für Jahr fort, da das Cap dann jedes Jahr entsprechend niedriger liegt. Das Rebasing wirkt so, als hätten wir mit der verstärkten Kürzung der Zertifikate um 4.2% statt 2.2% bereits im Jahr 2021 begonnen. Der ETS wird weiterhin gestärkt durch eine Reform der so genannten Marktstabilitätsreserve, die überschüssige Zertifikate auch in Zukunft mit einer Rate von 24% aus dem Markt nimmt. Das ist zwar „nur“ so schnell wie bisher, aber damit auch doppelt so schnell wie eigentlich für die kommenden Jahre vorgesehen und sehr wichtig für eine robuste Preisentwicklung. Der ETS für den Luftverkehr wird gestärkt und der internationale Schiffsverkehr muss erstmals auch Emissionsrechte kaufen.

Um das zu erreichen, waren einige Zugeständnisse nötig, die die Gesamtambition aber nicht ernsthaft absenken. Insbesondere die freie Zuteilung von Zertifikaten für Industriesektoren wurde verlängert, um die Wirksamkeit des Grenzausgleichsmechanismus ernsthaft testen zu können.

Ausweitung des Emissionshandels

Der EU-Emissionshandel wird auf die Sektoren Gebäude- und Verkehr ausgeweitet. Künftig gilt der Emissionshandel nicht nur für Industrie und Energieproduktion, sondern auch in den Sektoren, die beim Klimaschutz bisher hinterherhinken. Damit bekommen künftig 75% aller EU-Treibhausgasemissionen einen Deckel, nicht wie bisher nur 40%. Das marktwirtschaftliche Klimaschutzinstrument Emissionshandel wird zum zentralen Instrument des europäischen Klimaschutzes. In Deutschland gibt es eine Bepreisung von CO₂ bereits. Das soll jetzt in ganz Europa kommen. Damit der CO₂-Preis ärmere Bevölkerungsgruppen nicht überfordert, haben wir Schutzsysteme zur Preisstabilisierung eingebaut.

Klimasozialfonds

59 Mrd. Euro der Einnahmen aus dem Emissionshandel für Gebäude und Verkehr kommen über sechs Jahre künftig in einen europäischen Klimasozialfonds. Davon werden gut 18 Milliarden Euro in die ärmeren Mitgliedsländer umverteilt. Daraus können die Staaten Bürger*innen und Regionen beim Umstieg auf Klimafreundlichkeit helfen oder auch ärmere Bevölkerungsgruppen vor höheren CO₂-Preisen schützen. Gleichzeitig wird die Höhe des Klimasozialfonds nach oben gedeckelt, um das Ausmaß der Umverteilung planbar zu machen. Gemeinsame Klimapolitik und europäische Solidarität kommen durch den Klimasozialfonds zusammen.

LULUCF: Klimafreundliche Landnutzung

Erstmals wird es verbindliche europäische Regeln für die klimafreundliche Nutzung von Land geben. Unter dem Wortungetüm LULUCF wird Europa ein Gesetz bekommen, um überall in unserem Boden mehr Humus zu speichern. Die Chancen für den Erhalt unserer Moore und naturnaher Wälder werden europaweit besser!

Erneuerbare Energien: Beschleunigter Ausbau

Das Ausbauziel für Erneuerbare Energien in 2030 haben wir von 32% auf 40% europaweit angehoben. Und wichtiger noch: Der Ausbau der Erneuerbaren wird als im "europäischen öffentlichen Interesse" erklärt.

Damit gibt es überall öfter grünes Licht bei Genehmigungsverfahren.

Energieeffizienz: Erstmals verbindlich

Erstmals bekommt Europa ein verbindliches Energieeffizienzziel. Bei Gebäudedämmung und effektiver Energieverwendung außerhalb der Industrie ging es viel zu langsam voran. Das wird sich nun ändern.

Energieeffizienz wird verbindlich.

Durchbruch für emissionsfreie Autos

Ab 2035 werden in Europa keine PKWs mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen. Es gilt Emissionsstandard Null. Damit vollzieht der Gesetzgeber, was im Markt längst geschieht. Das Verbrenner-Aus ist jedoch nur ein kleiner - und in Deutschland völlig überschätzter - Teil des Pakets. Durch gemeinsamen Einsatz der Bundesregierung wurde dem Verbrenner-Aus-Gesetz ein unverbindlicher Erwägungsgrund angefügt.

Danach wird die EU-Kommission einen weiteren Gesetzesvorschlag machen, um nur mit E-Fuels betankbare Autos auch ab 2035 zulassbar zu machen. Ob dieses Gesetz dann von Europaparlament und Rat der Mitgliedsländer tatsächlich beschlossen wird, ist offen. Noch ungewisser ist, ob E-Fuels jemals einen substantiellen Marktanteil bei PKWs erreichen werden. Denn die Herstellung von E-Fuels ist viel ineffizienter als die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom in einer Batterie.